

## Schweiz

## Morgens Russisch, nachmittags Persisch

**Porträt einer Dolmetscherin** Sie übersetzt aus dem Russischen und aus dem Persischen. Wegen der vielen Asylgesuche ist Zarina Tadjibaeva im Dauereinsatz. Was sie Tag für Tag erlebt, verarbeitet sie künstlerisch.

Nina Fargahi

Dolmetschen ist Präzisionsarbeit. Vor allem im Staatssekretariat für Migration (SEM), denn hier geht es manchmal um Leben oder Tod. Sprachliche Missverständnisse können im schlimmsten Fall dazu führen, dass Verfolgte keinen Schutz erhalten. Wer in der Schweiz ein Asylgesuch stellt und die hiesigen Sprachen nicht spricht, ist auf Übersetzerinnen und Übersetzer angewiesen. Das SEM hat fast 600 Dolmetschende unter Vertrag, etwas mehr als 300 sind durchschnittlich pro Monat im Einsatz.

Eine von ihnen ist die Zürcherin Zarina Tadjibaeva. Weil sie in Tadschikistan aufgewachsen ist, spricht sie fließend Russisch und Persisch. Sprachen, die zurzeit häufig beim SEM benötigt werden, weil viele Geflüchtete aus diesen Sprachregionen stammen. Genauer aus der Ukraine und aus Afghanistan, wo der persische Dialekt Dari gesprochen wird. Die Zahl der Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern ist seit einigen Wochen besonders hoch.

#### Menschen und Vögel sind ähnlich

«Morgens Russisch, nachmittags Persisch», beschreibt Tadjibaeva ihren derzeitigen Berufsalltag. Sie arbeitet seit über 20 Jahren als Behörden- und Gerichtsdolmetscherin. Auf ihrem Profil steht der Kompetenzgrad «schwierig», was bedeutet, dass sie auch für komplexe Übersetzungen eingesetzt werden kann. Soeben ist sie von einem Einsatz in Basel zurückgekommen. Über ihre Fälle darf sie nicht reden. «Schweigepflicht», kommentiert die 47-Jährige.

Und weil sie dennoch etwas sagen will, macht sie Kunst.

«Die Kunst ist die Sprache der Sprachlosen», sagt sie. So hat Tadjibaeva ihren Alltag als Behörden- und Gerichtsdolmetscherin in Theaterstücken verarbeitet. In Zürich erhielt sie ihre Schauspiel- und Gesangsausbildung. In ihrem Programm «Zarina zeigt den Vogel» nimmt sie das Schweizer Asyl- und Flüchtlingswesen auf die Schippe und bringt fluchende Richter, skeptische Befragter und verunsicherte Gesuchstellende auf die Büh-



Zarina Tadjibaeva: Sie arbeitet als Behördendolmetscherin – und abends als Schauspielerin. Foto: Silas Zindel

ne. Niemand ist erkenntlich, und doch erkennen sich viele in ihren Figuren.

Da ist die esoterisch angehauchte Russin Olga, die es mit dem Übersetzen nicht sehr genau nimmt und überall ein «Business» wittert. Sie arbeitet neben-

bei als Schlepperin, Eventmanagerin und Heilerin. Da ist die unsensible Befragterin, die sich am Leid der Asylsuchenden ergötzt. Oder Professor Doktor Azad, der iranische Besserwisser, dessen subtiler Rassismus sich in Kommentaren über Flüchtlinge

aus arabischen Ländern zeigt. Alle Figuren sind vielschichtig, manchmal klischiert, manchmal überraschend.

«Die Menschen haben immer gute und schlechte Eigenschaften, egal, ob sie Behördenvertreter, Flüchtlinge oder Anwälte

sind», sagt Zarina Tadjibaeva. Immer wieder vergleicht sie das soziale Verhalten der Menschen mit dem der Vögel: So bezeichnet sie die elegante Richterin als Schnee-Eule, den Angeklagten als plusternden Truthahn, den gut gekleideten Anwalt als Mandarinente.

Gleichzeitig hinterfragt sie die behördlichen Befragungsmethoden, «weil sie immer von der Prämisse ausgehen, dass die Fluchtgründe anzuzweifeln sind». Komödiantisches vermischt sich mit der Kritik an Missständen. Eine Gratwanderung, die Tadjibaeva nicht fürchtet. Im Gegenteil, sie begeht sie tanzend und singend.

#### Bund bleibt gegenüber dem Iran passiv

Allerdings beschäftigt sie derzeit weniger die Kunst und ihre Dolmetschertätigkeit. Sondern die Situation im Iran. Seit mehr als zwei Monaten finden im ganzen Land Aufstände gegen das islamische Regime und gegen den Kopftuchzwang statt. Die Machthaber versuchen, die Proteste niederzuschlagen. Tadjibaeva holt ihr Telefon hervor und geht auf die Website des Auswärtigen Departements (EDA). «Hier steht es», sagt sie. Das EDA unter Bundesrat Ignazio Cassis hat sich im Februar 2020 zum Ziel gemacht, sich im «für die Schweiz wichtigen Land Iran» für «Frieden und Menschenrechte» einzusetzen, und zwar bis 2023.

Sie schüttelt den Kopf: «Warum setzt sich der Bund solche Ziele, die er nicht einhalten will?» So hat die Schweiz die EU-Sanktionen gegen die Islamische Republik aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen nicht übernommen. «Wenn der Bund weiterhin passiv bleibt, muss er bald sehr viel mehr Dolmetscherinnen und Dolmetscher anstellen», sagt sie ironisch. Die Schweiz müsse alles daransetzen, dieses Blutbad zu stoppen.

Tadjibaeva ist, wie sie sagt, nicht nur Behördendolmetscherin, die sich in ihrem Berufsalltag zur Neutralität verpflichtet. «Daneben bin ich Künstlerin, Iran-Liebhaberin, Schweizerin und Mensch – und als solche muss ich Stellung beziehen.»

#### Kommission will Schlupfloch bei Sanktionen stopfen

**Fall Melnitschenko** Am Montag berichtete diese Zeitung, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft den Zuger Düngemittelkonzern Eurochem anders als mehrere EU-Länder nicht als sanktioniert betrachtet – obwohl die sanktionierte Oligarchengattin Alexandra Melnitschenko teils Besitzerin, teils Begünstigte der Firma ist. Nur einen Tag später verabschiedete die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats nun eine Kommissionsmotion, die diese Praxis bei den Russland-Sanktionen stoppen will.

Die Motion initiiert hatte die SP. Die Aussenpolitische Kommission hat sie mit neun zu acht Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen.

Auch im Zuger Kantonsparlament haben die Enthüllungen Folgen. Die Fraktion der Alternativen – die Grünen hat eine Interpellation eingereicht. Sie wollen vom Regierungsrat unter anderem Auskunft über die Rolle von Finanzdirektor Heinz Tännler. Dieser hatte mit einer Kontaktvermittlung versucht, der Eurochem ein Konto bei der Zuger Kantonalbank zu ermöglichen. (bro/oz)

#### Mehrheit für Übernahme der EU-Sanktionen

**Iran** Die Schweiz soll die EU-Sanktionen gegen den Iran übernehmen. Das forderte die Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) in ihrer gestrigen Sitzung. Auch will sie vom Bundesrat verlangen, die Zivilgesellschaft in Iran im Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.

Die APK-N entschied mit 17 zu 6 Stimmen, die Landesregierung brieflich aufzufordern, die von der EU im Zusammenhang «mit der brutalen Unterdrückung von Demonstrierenden» ergriffenen Sanktionen zu übernehmen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Auch auf die Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft hält die Nationalratskommission den Finger: Mit einer mit 18 zu 5 Stimmen verabschiedeten Motion will sie den Bundesrat beauftragen, Massnahmen zu ergreifen, um die Menschen im Iran im Kampf für Frauenrechte und Menschenrechte zu unterstützen. (sda)

## Strom sparen oder nicht? Kantone kritisieren Kommunikation des Bundes

**Risiko Mangellage** Die Schweiz kommt wohl ohne Energiemangel durch den Winter – oder etwa doch nicht?

Was gilt nun: Müssen wir befürchten, dass es diesen Winter an Strom und Gas mangeln wird? Oder ist die Gefahr gebannt?

Ein eindringlicher Appell kommt nun aus den Kantonen: «Es ist noch zu früh, Entwarnung zu geben», sagt Jan Flückiger, Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK). Es gebe zu viele Unsicherheiten, sagt Flückiger. Unklar ist etwa:

- wann die französischen Kernkraftwerke wieder ans Netz kommen,
- wie kalt der Winter wird,
- wie stabil die Schweizer Meiler laufen,
- wie schnell sich die Gasspeicher leeren.

Die Kantone teilen also die Einschätzung von Werner Luginbühl. Der Präsident der Elektrizitätskommission hat diese Woche gemahnt, es bestünden weiterhin «unkalkulierbare Risiken». Unklar ist, ob diese Warnung in der Bevölkerung angekommen ist, gibt es doch vonseiten der Behörden auch ein anderes Signal: Wir müssen vor diesem Winter nicht mehr wirklich zittern.

Warum? Am 2. November liess der Bund, gestützt auf eine neue Swissgrid-Studie, verlauten, die Stromversorgungslage im Winter sei «angespannt, aber nicht gravierend gefährdet». Eine problematische Botschaft sei dies, finden die Energiedirektoren.

#### «Wir haben keine Entwarnung gegeben.»

**Marianne Zünd**  
Sprecherin Bundesamt für Energie

«Durch diese Kommunikation ist der falsche Eindruck entstanden, wir hätten alles bereits definitiv überstanden», sagt EnDK-Generalsekretär Flückiger. Das erschwere das Leben der Energiedirektoren, welche Bevölkerung und Wirtschaft weiterhin zum freiwilligen Strom- und Gassparen gewinnen wollten.

Das federführende Bundesamt für Energie (BFE) ist sich keinerlei Schuld bewusst. Es sei seine Aufgabe, Informationen wie bei der vorliegenden Studie transparent und rasch mitzuteilen, sagt Sprecherin Marianne Zünd. «Und wir haben dabei keinesfalls kommuniziert, dass es im Winter nun sicher gar keine Probleme geben wird. Wir haben also keine Entwarnung gegeben.» In der Tat steht in der Mitteilung des Bundes vom 2. November, Versorgungsempässe könnten trotz allem «nicht ausgeschlossen werden».

EnDK-Generalsekretär Flückiger entgegnet, das BFE hätte besagte Studie kommunikativ besser einbetten können, im Sin-

ne von: Es gebe Anzeichen der Entspannung, die Situation bleibe aber angespannt, weil es viele unwägbarere Risiken gebe.

#### Das Dilemma der Behörden

Die Kritik aus den Kantonen ist nicht zuletzt Ausdruck eines Dilemmas, in dem sich der Bund befindet. Wie kommunizieren, dass die Lage weiterhin ernst ist – und dabei trotzdem nicht dramatisieren? Tatsache ist: Das BFE hat in den Medien klargestellt, eine vollständige Entwarnung gebe es nicht, Haushalte und Wirtschaft sollten weiterhin Strom sparen. Zuletzt hat es aber gesagt, der Sparappell erfolge auch mit Blick auf den Winter 2023/24 – weil nicht sicher sei, ob es gelinge, die

Gasspeicher im nächsten Jahr wieder aufzufüllen.

Gerade dieser Hinweis auf den übernächsten Winter könnte bei vielen den Eindruck verstärkt haben, dass die Gefahr für die kommenden Monate aus der Welt ist. Dazu kommen Medien, welche bereits die «grosse Entwarnung» für diesen Winter verkündet haben. Brisanterweise haben auch einzelne Energiedirektoren zu diesem Bild beigetragen. Zürchs Baudirektor Martin Neukom (Grüne) mahnte zwar letzte Woche, bei den Sparbemühungen nicht nachzulassen. Doch gleichzeitig versprach er Optimismus: Für diesen Winter sehe es gut aus.

**Stefan Häne**